

BDI-Mittelstandsinformationen

Ausgabe September-Oktober 2007

Arndt G. Kirchhoff: »Familienunternehmen sind Zukunft!«

Beim diesjährigen BDI Tag des Industriellen Mittelstandes drehte sich alles um die »heimlichen Stars der Wirtschaft«: Die industriellen Familienunternehmen. Im Kern ging es um die Frage, ob Familienunternehmen in Deutschland Zukunft haben – und was dafür getan werden muss. Was müssen die Familienunternehmen selbst leisten? Was erwarten die Familienunternehmen von der Politik? Wie können die Verbände helfen? Reichlich Stoff für spannende Diskussionen. Eines ist für mich dabei ganz deutlich geworden: Familienunternehmen sind Zukunft!«

Wir haben an unseren sechs Beispielen von »Hidden Champions« gesehen, dass Unternehmergeist, Verantwortungsbewusstsein, Flexibilität und Mut weiterzumachen, und zwar erfolgreich mit den nächsten Generationen, vorhanden ist. Wir mittelständischen Unternehmer leben mit unseren Familien hier in Deutschland und dies wollen wir auch weiterhin. Will man am Markt überleben und erfolgreich sein, muss man flexibel sein und Entscheidungen schnell treffen. Wir Familienunternehmer tun dies. Der derzeitige Aufschwung zeigt nachdrücklich, dass wir unseren Teil der Hausaufgaben gemacht haben.

Es wird Zeit, dass die Politik uns dabei unterstützt und den Weg frei macht, um flexibel und schnell reagieren zu können. Wir benötigen eine unternehmerfreundliche Erbschaftsteuerreform, damit die Unternehmen auch weiterhin erfolgreich agieren können. Bürokratieabbau, Arbeitsmarktflexibilisierung, Senkung der Lohnzusatzkosten, dies sind zentrale Aufgaben, die die Politik voran bringen muss.

Die politische Anpassungsgeschwindigkeit muss dabei erhöht werden. In einer offenen Weltwirtschaft entscheiden auch die Rahmenbedingungen über die Attraktivität von Standorten. Die Politik muss dem deutschen mittelständischen Unternehmertum auch die Möglichkeit geben, weiterhin »Made in Germany« zu sein. Mehr Investitionen in Bildung und Forschung – das ist das Gebot der Stunde!

Leider gewinne ich im Moment den Eindruck, dass die Politik umdreht und in die falsche Richtung marschiert. Mit Sorge beobachten wir die Rolle rückwärts der SPD in der Arbeitsmarktpolitik. Die Diskussionen um Mindestlohn, Verbraucherschutz und Klimapolitik weisen auf einen Trend zu noch mehr Regulierung hin. Und weitere Probleme bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Industrie: Teure Energie, knappe Rohstoffe, fehlende Fachkräfte.

Der BDI Tag des Industriellen Mittelstandes hat ein deutliches Signal an die Politik gegeben. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit ihrer Rede Anlass zur Hoffnung gegeben,



dass dieses Signal wahrgenommen wird. Auch die anderen Politiker haben den Familienunternehmen Unterstützung versprochen. Nehmen wir sie beim Wort!

Wir, die mittelständischen und Familienunternehmen, wollen unsere Zukunftsvisionen umsetzen. Wir stehen gerne mit unserem wirtschaftlichen Sachverstand der Politik zur Verfügung. Die Politik muss diesen Sachverstand auch nutzen und ihn nicht als eigennützige Interessenvertretung disqualifizieren. Wir sind Mittelstand! Wer sollte also besser Bescheid wissen als wir?

Auch auf europäischer Ebene müssen und wollen wir unsere Stimme stärker zu Gehör bringen. Deswegen wird unser europäischer Dachverband BusinessEurope in diesem Jahr erstmals einen »SME Action Day« durchführen. Dieser europäische Mittelstandstag findet am 21. November in Brüssel statt. Ich freue mich darauf, viele von Ihnen dort zu sehen!

Vorsitzender des BDI-Mittelstandsausschusses



Inhaltsverzeichnis

Arndt G. Kirchhoff	01
»Familienunternehmen sind Zukunft! «	
BDI Tag des Industriellen Mittelstandes	04
Familienunternehmer fordern eine Politik mit mehr Realismus, mehr Mut, mehr Tempo!	
Unternehmenskredite	05
Praxis der Kreditverkäufe gehört auf den Prüfstand!	
Private Equity	06
Geplante Reformen werden Erfordernissen nur bedingt gerecht	
Wirtschaftspolitik	07
Renaissance der Industriepolitik?	
Erbschaft- und Schenkungsteuer	08
Betriebsvermögen im Fokus	
BDI-Studie zum Klimaschutz	09
Kosten und Potenziale zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen	
eBusiness	10
Jedes dritte Unternehmen investiert in diesem Jahr mehr	
Europäische Mittelstandspolitik	11
EU-Kommission zieht positive Halbzeitbilanz ihrer Mittelstandspolitik	
Tunesien	12
Wirtschaftlicher Austausch entwickelt sich positiv	
Afrika	13
Wirtschaftszusammenarbeit weiter stärken!	
China	14
CEO Round Table mit Bundeskanzlerin Merkel in Peking	
Weiterbildung	15
Eine Million Seminarteilnehmer – Positive Umsatzerwartungen	
Innovationen	16
Neueste Spitzentechnologie direkt in den Posteingang	



Impressum

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. • Büro des Beauftragten für Mittelstandsfragen
Breite Straße 29, 10178 Berlin • Redaktion: Dipl.-Volksw. J. Düren, R. Hagemann-Miksits M.A., Dipl.Reg. Wiss. U. Knott
Verantwortlich: RA Klaus Bräunig - Tel.: 030 2028-1489, Fax: 030 2028-2489, s.jaeckel@bdi.eu • www.bdi.eu/mittelstand
Druck: DCM Druck Center Meckenheim • Layout: berlinerverhältnisse | agentur für kommunikation gmbh

BDI Tag des Industriellen Mittelstandes 2007

Familienunternehmer fordern eine Politik mit mehr Realismus, mehr Mut, mehr Tempo!

Mittelstand und Familienunternehmen erwarten von der Politik mehr Realismus, mehr Mut, mehr Tempo. Diese Botschaft gaben die rund 900 Teilnehmer des diesjährigen BDI Tags des Industriellen Mittelstandes, der am 22. und 23. Oktober in Berlin stattfand, Bundeskanzlerin Angela Merkel mit auf den Weg. BDI-Präsident Jürgen R. Thumann und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses, Arndt G. Kirchhoff, appellierten nachdrücklich an die Politiker, nach endlosen Diskussionen nunmehr die lange versprochene Erbschaftsteuerreform umzusetzen.

Der BDI Tag des Industriellen Mittelstandes stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der Familienunternehmen. Unter dem Motto »Wir sind Mittelstand« werden die »heimlichen Stars der Wirtschaft« ins Rampenlicht gestellt. Den Auftakt beim »Welcome Abend« am 22. Oktober im Radialsystem machte zunächst ein Star aus einer anderen Branche. Der deutsche Oscar-Preisträger Florian Henckel von Donnersmarck berichtete über seinen langen Weg zum Erfolg. Eines wurde dabei ganz deutlich: Ob in der Wirtschaft oder in der Kultur, wer Erfolg haben will, braucht eine gute Idee und viel Durchhaltevermögen.

Dass die deutschen Familienunternehmer darüber verfügen, wurde bei der Tagung im Tempodrom am 23. Oktober eindrucksvoll bestätigt. Sechs »Success Stories« zeigten ganz unterschiedliche Beispiele von unternehmerischem Erfolg – von der flippigen Brille bis zum Yoghurt-Gum. Zugleich sind sie Ausdruck der Verbundenheit der Familienunternehmen mit dem Standort Deutschland. Allerdings gab es auch das klare Signal an die Politik, dass die Rahmenbedingungen stimmen müssen, damit die Familienunternehmen auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben.

Besorgt über die politische Entwicklung zeigte sich BDI-Präsident Thumann: »Manche Politiker glauben offenbar, die Modernisierung unseres Landes sei abgeschlossen.« Angesichts der bestehenden Risiken für die Konjunktur, wie der steigende Eurokurs, die hohen Rohstoffpreise und die Turbulenzen an den Finanzmärkten, sei das fahrlässig. Die Wachstumsprojektionen für 2008 würden bereits zurückgenommen. Notwendig sei daher eine Politik mit mehr Realismus, mehr Mut und mehr Tempo.

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte in ihrem Redebeitrag ihren festen Willen, die Rahmenbedingungen für Familienunternehmen in Deutschland zu verbessern. Ein klares Bekenntnis der Politik zu den Familienunternehmen gab es auch in der anschließenden Podiumsdiskussion. In einer lebendigen Debatte über die kontroversen Thesen des Publizisten Wolfgang Münchau würdigten FDP-Generalsekretär Dirk

Niebel, CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer und SPD-Politikerin Andrea Nahles die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leistungen der deutschen Familienunternehmen.



Erfolgreiche Familienunternehmer treffen Bundeskanzlerin Angela Merkel beim BDI Tag des Industriellen Mittelstandes 2007

»Familienunternehmen sind Zukunft!« Dieses Fazit konnte der BDI-Mittelstandsausschussvorsitzende Arndt G. Kirchhoff am Ende ziehen, ohne freilich die Politik aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Kirchhoff verwies darauf, dass in einer offenen Weltwirtschaft auch die Rahmenbedingungen über die Attraktivität von Standorten entscheiden würden. »Die Politik muss dem deutschen mittelständischen Unternehmertum auch die Möglichkeit geben, weiterhin ‚Made in Germany‘ zu sein.«

Ausführliche Informationen über den BDI Tag des Industriellen Mittelstandes 2007 finden Sie im Internet unter www.bdi.eu/mittelstandstag.

Ansprechpartner im BDI: René Hagemann
r.hagemann@bdi.eu

Unternehmenskredite

Praxis der Kreditverkäufe gehört auf den Prüfstand!

Mit Hilfe von Verbriefungen wurden 2006 allein in Europa Kreditrisiken in Höhe von über 500 Mrd. EUR an den Kapitalmarkt übertragen, berichtet der Unternehmensverband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen e.V. in der September-Ausgabe der Chef-Info. Verbrieft werden dabei die unterschiedlichsten Kreditarten, auch Unternehmenskredite. Die Verbriefungsmärkte sind binnen weniger Jahre zu einem der wichtigsten Segmente des Kapitalmarktes geworden. Dieser strukturelle Wandel wird als große Chance gesehen. Allerdings zeigen sich auch neue Risiken für Unternehmen und Banken – siehe IKB und SachsenLB.

Am 19. September 2007 fand eine Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages zum Thema »Verkauf von Unternehmenskrediten« statt, an der der BDI teilgenommen hat. Dazu hat der BDI eine Stellungnahme erarbeitet. Der Industrieverband kritisiert darin die verbreitete Praxis der Kreditwirtschaft, Firmendarlehen ohne Zustimmung des Kreditnehmers an neue Gläubiger zu verkaufen. Mit der Abtretung der Darlehensforderung wird überdies ausschließlich im einseitigen Interesse der Bank das Bankgeheimnis verletzt. Kreditverkauf und Verletzung des Bankgeheimnisses können mittelständische Unternehmen in ernste wirtschaftliche Probleme bringen. Deshalb müssen Vorkehrungen getroffen werden, die solche Fehlentwicklungen vermeiden, fordert der BDI. Folgende Regelungen wären vor allem erforderlich:

- In jedem Falle sollte der Kreditgläubiger (Bank) dem Kreditnehmer gegenüber eine Informationspflicht haben, unabhängig davon, ob es sich um ordnungsgemäß bediente oder Notleidende Kredite handelt. Kenntnis des neuen Gläubigers und mögliche Risiken des Gläubigerwechsels ermöglichen es dem Schuldner, sich rechtzeitig auf die neue Situation einzustellen.
- Ein solches Transparenzerfordernis reicht jedoch noch nicht aus, um dem berechtigten Schutzbedürfnis des Kreditnehmers Rechnung zu tragen. Kreditnehmer sollten daher stets einem Kreditverkauf ausdrücklich zustimmen müssen. Das mag nur dann anders sein, wenn von vornherein ausgeschlossen werden kann, dass persönliche Unternehmensdaten weitergegeben werden, etwa bei ABS-Transaktionen (Asset Backed Securities).
- Ergänzend wäre ein außerordentliches Kündigungsrecht des Kreditnehmers vorzusehen, ohne dass die Bank einen Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung hat. Ein solches außerordentliches Kündigungsrecht muss auch für Problemkredite gelten.

Wenn es der – durchaus nachvollziehbare – politische Wille ist, dass sich Kreditinstitute ausreichend über ihre Kunden informieren sollen und können, darf es nicht sein, dass solche Informationen bereits bei geringen Risikoänderungen des Un-

ternehmens oder auch ausschließlich im Interesse der Banken, etwa zur Eigenkapitalentlastung, an Dritte weitergegeben werden. Der BDI bestärkt deshalb die Bundesregierung nachdrücklich in ihrem Vorhaben, die Praxis der Kreditverkäufe auf den Prüfstand zu stellen. Der Verkauf von Krediten und insbesondere die Weitergabe unternehmensbezogener Daten muss abhängig sein von der ausdrücklichen – und nicht nur einer im »Kleingedruckten« der AGB verankerten – Zustimmung der Kreditnehmer.

Der Verlauf der Anhörung hat den BDI in seiner Argumentation bestärkt. Die BDI-Position steht weitgehend in Einklang mit der Auffassung auch anderer Wirtschaftsverbände, der Wissenschaft und des Bundesgerichtshofs. Nach dem Hearing des Finanzausschusses ist eine Gesetzesinitiative wahrscheinlicher geworden.

Weitere Informationen im Internet unter: www.bdi-online.de/de/fachabteilungen/start_allgemeineWirtschaftspolitik.htm.

Ansprechpartner im BDI: Dr. Reinhard Kudiß
r.kudiss@bdi.eu

Private Equity

Geplante Reformen werden Erfordernissen nur bedingt gerecht

Die wachsende Bedeutung von Private Equity macht wettbewerbsfähigere Rahmenbedingungen für Beteiligungskapital in Deutschland notwendig. Diesem dringenden Erfordernis wird der vorliegende Regierungsentwurf für ein »Private Equity Gesetz« nur bedingt gerecht, kritisiert der BDI. Der Regierungsentwurf geht zwar in die richtige Richtung. Gemessen an der Notwendigkeit, die Risikokapitalfinanzierung im Mittelstand auf breiter Front zu verbessern, reichen die angekündigten Maßnahmen aber nicht aus. Der Anwendungsbereich des Gesetzes ist deutlich zu eng gefasst und fokussiert im Wesentlichen nur auf die Wagniskapitalbildung.

Nach Marktanalysen des Bundesverbands Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK) flossen den deutschen Private Equity- Gesellschaften im zweiten Quartal 2007 neue Mittel in Höhe von 1.382 Mio. € zu. Die Investitionen erreichten 528 Mio. € und blieben unter dem investitionsstarken Vorquartal (1.316,4 Mio. €). Allerdings kamen die Investments 331 Unternehmen zugute, deutlich mehr als im Vorquartal mit 302. Die Zahlen untermauern die wachsende Bedeutung von Private Equity. Derzeit sind insgesamt rund 6.000 deutsche Unternehmen mit fast 1 Millionen Beschäftigten Private Equity-finanziert, berichtet der BVK.

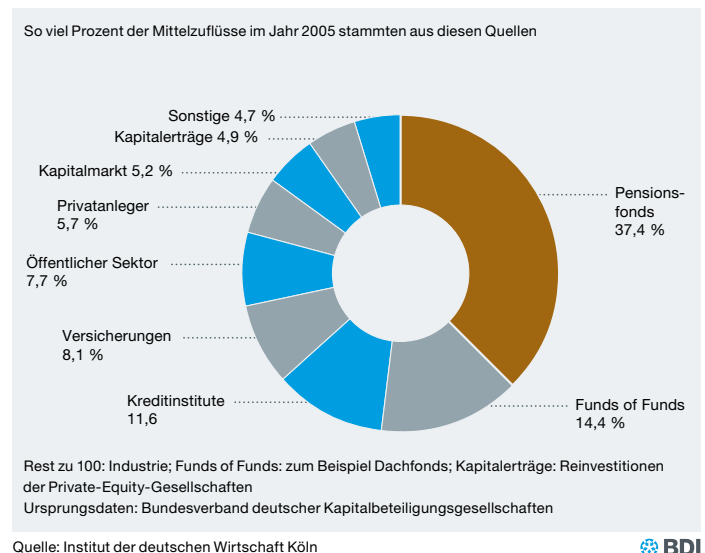
Angesichts des hohen wirtschaftlichen Stellenwerts von Private Equity ist es dringend geboten, die Standortbedingungen für Beteiligungskapital in Deutschland zu verbessern. Der BDI begrüßt, dass in dem Regierungsentwurf wichtige Maßnahmen angekündigt werden, um derzeit bestehende Hemmnisse zumindest für den Bereich Wagniskapital abzubauen.

- Dies sind insbesondere die sehr oft bestehende Unsicherheit hinsichtlich der ertragsteuerlichen Qualifikation der Tätigkeit von Beteiligungsgesellschaften und die damit verbundene Frage nach einer »transparenten« Besteuerung oder einer international unüblichen, Investoren abschreckenden Mehrfachbesteuerung der von den Zielgesellschaften erwirtschafteten Gewinne.
- Bedeutung hat auch die im Gesetzentwurf vorgesehene – wenn auch eingeschränkte – Ausnahme von der durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 eingeführten äußerst investitionsschädlichen Vorschrift des § 8c KStG.

Der BDI bedauert gleichzeitig, dass kein einheitliches Regelwerk für den gesamten Bereich des nicht börsennotierten Eigenkapitals geschaffen werden soll, wie es im Koalitionsvertrag vom November 2005 vorgesehen ist. Mit der jetzt geplanten Zersplitterung des Regelwerks würde für große Bereiche des privaten Beteiligungskapitals keine adäquate Beseitigung der derzeit bestehenden Hemmnisse erfolgen. So stellt sich gerade in etablierten mittelständischen Unter-

nehmen die Frage nach der Unternehmensnachfolge. Um auch dort Innovationen und Wachstum und damit Arbeitsplätze sichern und schaffen zu können, müssen attraktive und verlässliche Rahmenbedingungen nicht nur für Wagniskapitalbeteiligungen, sondern für den gesamten Bereich des privaten Beteiligungskapitals geschaffen werden. Deutschland sollte als größte Volkswirtschaft in Europa mit zahlreichen potenziellen Zielgesellschaften im deutschen Mittelstand die Chance nutzen, dass verstärkt inländische Beteiligungsgesellschaften in diese Unternehmen investieren.

Private Equity: Die Finanziers



Der BDI und weitere sieben Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben zum Regierungsentwurf zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen eine Stellungnahme veröffentlicht. Diese und weitere Informationen finden Sie im Internet unter <http://www.bdi.eu>.

Ansprechpartner im BDI: Dr. Reinhard Kudiß
r.kudiss@bdi.eu

Wirtschaftspolitik Renaissance der Industriepolitik?

In letzter Zeit hat das Thema Industriepolitik wieder mehr Aufmerksamkeit erlangt. So liebäugelt z.B. die Bundesregierung damit, deutsche Schlüsselindustrien gegen das Engagement ausländischer Staatsfonds zu schützen. Auch die Diskussion um die Restrukturierung von EADS oder die »Ökologische Industriepolitik« des Bundesumweltministeriums zeugen von einem Wiederaufleben industriepolitischer Aktivitäten. Doch lässt sich am grünen Tisch entscheiden, welche Industriezweige der staatlichen Obhut bedürfen? Insgesamt zeigen sich in vielen Politikfeldern Ansätze für eine Ausweitung staatlicher Steuerung, deren Konformität mit marktwirtschaftlichen Prinzipien hinterfragt werden kann und muss.

Vor diesem Hintergrund hat sich der BDI eingehend mit dem Thema Industriepolitik befasst. Herausgekommen ist ein 15-seitiges Papier, das der Industrieverband auf einem Workshop am 26. September 2007 in Berlin zur Diskussion gestellt hat. Darin wird zunächst dargestellt, was Industriepolitik genau ist, warum das Thema derzeit wieder mehr Aufmerksamkeit bekommt und welche Beispiele neuer industriepolitischer Aktivitäten es gibt. Der BDI bekräftigt in dem Papier, dass sein industriepolitisches Leitbild fest im Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft verankert ist. Denn eine interventionistische Industriepolitik verkennt in aller Regel die Vorzüge des marktlichen Allokationsmechanismus und seiner Wirkung als Entdeckungsverfahren. Denn damit ist zum einen ein effizienter Einsatz der Ressourcen sichergestellt, zum anderen bilden intakte wettbewerbliche Strukturen unter den Anbietern eine zentrale Voraussetzung für die Entfesselung innovativer Kräfte. Ein funktionsfähiger Wettbewerb sichert im Übrigen auch eine ausgewogene Unternehmensgrößenstruktur. Die im hohen Maße auf der Innovations- und Leistungsfähigkeit eines breit gefächerten industriellen Mittelstands basierenden Erfolge der deutschen Wirtschaft sind nicht zuletzt Ergebnis eines funktionierenden Wettbewerbsrechts.

Gleichzeitig erkennt der Industrieverband aber auch an, dass unter bestimmten Voraussetzungen industriepolitische Interventionen des Staates notwendig sein können. Hierfür müssen aber klare Kriterien formuliert werden. Aus Sicht des BDI unterliegt Industriepolitik in der Marktwirtschaft immer einem expliziten Begründungszwang. Nur wenn diese Begründung überzeugend gelingt, kann Industriepolitik mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung vereinbar sein.

Tendenzen zu einer Ausweitung der staatlichen Steuerung finden sich nicht nur national, sondern auch international. In vielen Ländern wird die Wirtschaftspolitik zunehmend durch nationale Interessen bestimmt. So können die aktuell

zu beobachtenden staatlichen Einmischungen bei Firmenübernahmen auch als Gegenreaktion auf die zunehmende internationale Verflechtung der ökonomischen Akteure und den damit verbundenen Verlust nationalstaatlicher Kontrolle angesehen werden. Auch strategisches Verhalten ausländischer Regierungen und Unternehmen auf den internationalen Rohstoffmärkten kann hierunter subsumiert werden, ebenso wie die massive und gezielte Förderung strategischer High-Tech-Sektoren nicht nur in aufstrebenden Schwellenländern. Insofern scheint es, als ob die Industriepolitik vor einer Renaissance steht. Zum Teil ist von einer »Neuen Industriepolitik« die Rede.

Das zu beobachtende Wiederaufleben industriepolitischer Aktivitäten hat dabei vielfältige Ursachen und Begründungen. Die Intensivierung und Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Strukturwandels mit seinen gravierenden Umbrüchen in den Wertschöpfungsketten und den entsprechenden standortpolitischen Rückwirkungen spielen dabei eine prominente Rolle. Standortgebundene Produktionsprozesse und Arbeitsplätze sind unter enormen Anpassungsdruck geraten. Die Anpassungsfähigkeit von Menschen, Unternehmen und ganzen Volkswirtschaften hält diesem Druck nur allzu oft – scheinbar oder tatsächlich – nicht Stand, was dann zuweilen den Ruf nach staatlicher Intervention – nach Industriepolitik – nach sich zieht. Mal ist es der Staat selbst, mal die betroffenen Arbeitnehmer und ihre institutionellen Vertreter und in anderen Fällen auch die tangierten Unternehmen, die industriepolitische Eingriffe fordern.

Das Diskussionspapier kann im Internet unter www.bdi.eu abgerufen werden.

Ansprechpartnerin im BDI: Petra Küntzel
p.kuentzel@bdi.eu

Erbschaft- und Schenkungsteuer Betriebsvermögen im Fokus

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer ist ein wichtiger Faktor beim Generationenwechsel in Familienunternehmen. Deshalb müssen sich die laufenden Reformanstrengungen darauf konzentrieren, das Betriebsvermögen von Personenunternehmen wirksam zu schonen.

Die Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist für die deutschen Familienunternehmen eines der wichtigsten Reformvorhaben der Bundesregierung. Bereits vor mehr als zwei Jahren hatte BDI-Präsident Jürgen R. Thumann auf dem Jobgipfel die Diskussion angestoßen, wie die Unternehmensnachfolge in Familienunternehmen erleichtert werden kann. Die damalige rot-grüne Bundesregierung strebte zu diesem Zweck eine Reform des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts an. Auch die Große Koalition setzte den eingeschlagenen Weg fort. Eckpunkte eines Gesetzentwurfs sollen Ende Oktober 2007 stehen.

Für die spezifische Schonung von Betriebsvermögen sprechen aus ökonomischer Sicht wichtige Gründe: Rund 95 % aller deutschen Unternehmen sind Familienunternehmen und sorgen für einen konstanten Bestand an Arbeitsplätzen und sichern dem Fiskus einen kontinuierlichen Steuerzufluss. Eine zusätzliche Belastung mit Erbschaftsteuer sorgt zwar für einen kurzfristig hohen Mittelzufluss beim Fiskus, birgt aber das Risiko, dass die stete Einnahmequelle versiegt. Deshalb sieht der Koalitionsvertrag vor, die Erbschaftsteuer über zehn Jahre zu stunden und für jedes Jahr der Unternehmensfortführung um ein Zehntel zu erlassen (Abschmelzmodell).

Die Bundesregierung hatte ein entsprechendes Gesetz zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge auf den Weg gebracht. Der Prozess kam im Januar 2007 ins stocken, als das Bundesverfassungsgericht im Januar 2007 in einer Entscheidung feststellte, dass die ungleiche Behandlung von Vermögensarten bei der erbschaftsteuerlichen Bewertung nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Aus diesem Grund wurde nun eine umfassende Reform des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts in Angriff genommen. Bis 31. Dezember 2008 hat der Gesetzgeber Zeit, eine verkehrswertorientierte Bewertung aller Vermögensarten zu regeln. Andernfalls kann die Erbschaft- und Schenkungsteuer nicht mehr erhoben werden.

Für Immobilien und Betriebsvermögen ist mit erheblichen Wertsteigerungen zu rechnen. So ermittelte eine Arbeitsgruppe der Länder für Betriebsvermögen eine durchschnittliche Wertsteigerung von 117 %. Die tatsächliche Wertsteigerung dürfte sich von Unternehmen zu Unternehmen aber deutlich unterscheiden.

Umso dringlicher ist es deshalb, Betriebsvermögen durch spezifische Verschonungsregelungen weiterhin von der Erbschaftsteuer zu entlasten. Diese Möglichkeit der Begünstigung von Vermögen hat das Verfassungsgericht, im Gegensatz zur Ungleichbehandlung in der Bewertung, in seinem Beschluss offen gelassen. Gegenwärtig wird dazu ein modifiziertes Abschmelzmodell diskutiert. Es sieht vor, die Erbschaftsteuerschuld über sieben Jahre zu stunden und für jedes Jahr der Unternehmensfortführung um ein Zehntel zu erlassen. Am Ende der sieben Jahre wären dann noch 30 % der Steuerschuld zu entrichten. Zudem sollen Erwerbe der Steuerklasse I (Ehegatte, Kinder, Enkelkinder) entlastet und Erwerber der Steuerklassen II und III stärker zur Kasse gebeten werden. Erste Berechnungen des BDI zeigen, dass die Verbindung zwischen verkehrswertorientierter Bewertung, Verschonungsregelungen und Tarifen für Betriebsvermögen keine spürbare Entlastung erwarten lässt.

Weitere Problemstellungen werden von der Politik bislang weitgehend verkannt:

- § 19a ErbStG, der die unentgeltliche Unternehmensübertragung an entfernte oder Nicht-Verwandte erleichtern soll, soll ersatzlos gestrichen werden.
- Das Problem der Doppelbelastung mit Erbschaftsteuer und Ertragsteuern wird sich durch das neue Bewertungsrecht verschärfen.
- In Staaten mit hoher räumlicher und wirtschaftlicher Nähe befindet sich die Erbschaftsteuer auf dem Rückzug.

Alle diese Probleme ließen sich beseitigen, wenn Betriebsvermögen von der Erbschaftsteuerschuld befreit würde.

Das ursprüngliche Motiv für die Reform des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts, die Unternehmensnachfolge in Familienunternehmen zu erleichtern, droht allerdings auf Grund der weiteren Problemfelder, die mit einer verkehrswertorientierten Bewertung verbunden sind, aus dem Blick zu geraten.

Ansprechpartner im BDI: Juri Schudrowitz,
j.schudrowitz@bdi.eu

BDI-Studie zum Klimaschutz

Kosten und Potenziale zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen

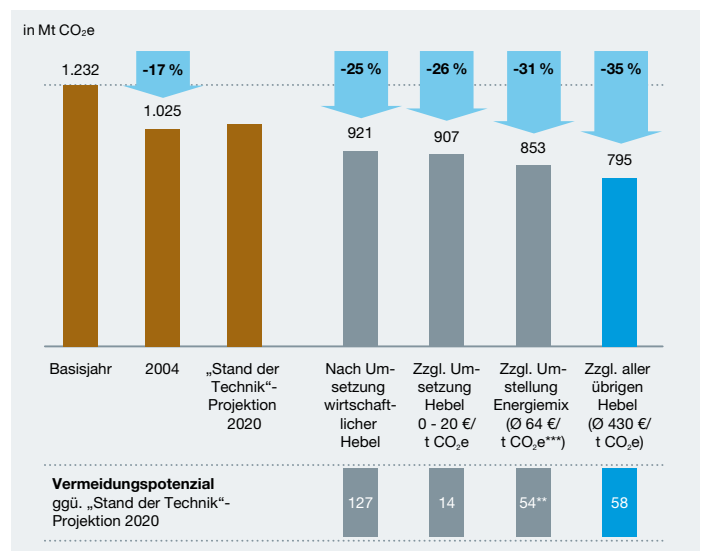
Die deutsche Wirtschaft bekennt sich zum Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund hat »BDI initiativ – Wirtschaft für Klimaschutz« die Studie »Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland« von McKinsey & Company erstellen lassen. Am 25. September wurde die Studie veröffentlicht. Sie zeigt u.a. mehrere Ansatzpunkte, welche Schritte zu einer so genannten »low carbon economy« nötig sind. In diesem Zusammenhang bieten sich auch kleinen und mittleren Unternehmen Chancen. Die Initiative legt mit der Studie einen Grundstein für einen Prozess der Zusammenarbeit mit Bundesregierung und Gesellschaft.

Deutschland verfügt als erstes Land der Welt über eine umfassende betriebswirtschaftliche Analyse aller wesentlichen Klimaschutztechnologien. Außerdem liegt jetzt eine Bewertung der Vermeidungspotenziale vor und Angaben zu den Kosten in Euro pro eingesparte Tonne Treibhausgas aus Sicht der Entscheider. »Mit der Studie liefern wir einen essenziellen Beitrag zur Bewertung der klima- und energiepolitischen Pläne der Bundesregierung. Letztlich können nur die Unternehmen die Produkte und Technologien für einen effizienten Klimaschutz entwickeln und bereitstellen«, sagte der Vorsitzende der Initiative, BDI-Präsident Jürgen R. Thumann.

Erstmals wurden aus Sicht der Entscheider, also Investoren, Eigenheimbesitzer, Autokäufer und vieler anderer, die Kosten und Potenziale von mehr als 300 technologischen Einzelhebeln zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen ermittelt. Ein wichtiges Ergebnis der Studie ist, dass in allen Sektoren in Deutschland Potenziale zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen existieren. Das Gesamtminderungspotenzial ergibt sich aus der Anwendung sehr vieler Einzelhebel: es gibt keinen technologischen Königsweg. Viele Punkte sind wirtschaftlich, also finanzierbar, andere sind mit immensen Kosten verbunden.

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz rechnen sich auch für mittelständische Unternehmen. Wie diese aussehen und wie viele Maßnahmen getroffen werden, muss im Einzelfall entschieden werden. Die Studie bietet dafür wertvolle Orientierungshilfe, da sie die technologischen Vermeidungshebel aus Entscheidersicht bewertet. Unter Beibehaltung des Kernenergieausstiegs ergibt sich ein Gesamtminderungspotenzial in Deutschland von 26 % gegenüber dem Niveau von 1990, wenn alle bekannten Vermeidungshebel mit Vermeidungskosten von bis zu 20 €/t CO₂-Äquivalent umgesetzt werden. Eine Senkung von 31 % ist möglich, wenn zusätzlich die Umstellung des Energiemix auf einen höheren Anteil Erneuerbarer Energien erfolgt. Dabei entstehen aber deutlich höhere durchschnittliche Vermeidungskosten. Weitere technologische Vermeidungshebel existieren. Für deren Realisierung wären jedoch noch wesentlich mehr Investitionen erforderlich.

Reduzierung Treibhausgasemissionen – Deutschland 2020* (Entscheiderperspektive)



Quelle: Studie »Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland« von McKinsey & Company, Inc. im Auftrag von »BDI initiativ – Wirtschaft für Klimaschutz«
*Bei Beibehaltung Kernkraftausstieg, **Inklusive 6 Mt CO₂e aus CSS-Pilotprojekten in der Stromerzeugung, ***Stromerzeugung: Ø 32 €/t CO₂e; Biokraftstoffe Ø 175 €/t CO₂e; beides unter Berücksichtigung jeweils geltender Fördersätze, Steuern und Zölle



Wenn es Politik und Wirtschaft gemeinsam gelingt, die teilweise beträchtlichen Investitionsbarrieren zu beseitigen, besonders bei der Umsetzung von technologischen Einzelhebeln, die sich von selbst rechnen, sind solche Reduktionen realistisch. Dazu bedarf es breit angelegter Investitionsanreize: Damit jeder Euro den maximalen Klimaschutzeffekt bringt. An der Untersuchung waren mehr als 70 Unternehmen und Industrieverbände beteiligt, mit denen eine breit abgesicherte Faktenbasis zusammengetragen wurde. Die Kosteneffizienz sollte das entscheidende Kriterium für die Auswahl und den Zuschnitt der Klimaschutzmaßnahmen sein. Mehr Informationen unter www.wirtschaft fuer klimaschutz.eu.

Ansprechpartner im BDI: Martin Schröder
m.schroeder@bdi.eu

eBusiness

Jedes dritte Unternehmen investiert in diesem Jahr mehr

Die Unternehmen in Deutschland werden ihre Investitionen in den elektronischen Geschäftsverkehr im laufenden Jahr spürbar erhöhen. Über ein Drittel der Unternehmen will die entsprechenden Ausgaben im Jahr 2007 aufstocken, fast 60 Prozent wollen im gleichen Umfang investieren wie im Vorjahr. Das ist das Ergebnis des »eBusiness-Barometer 2007/2008«. Die Investitionsfelder sind in diesem Jahr insbesondere Kundenmanagementprogramme, IT- Sicherheitslösungen und Internetportale.

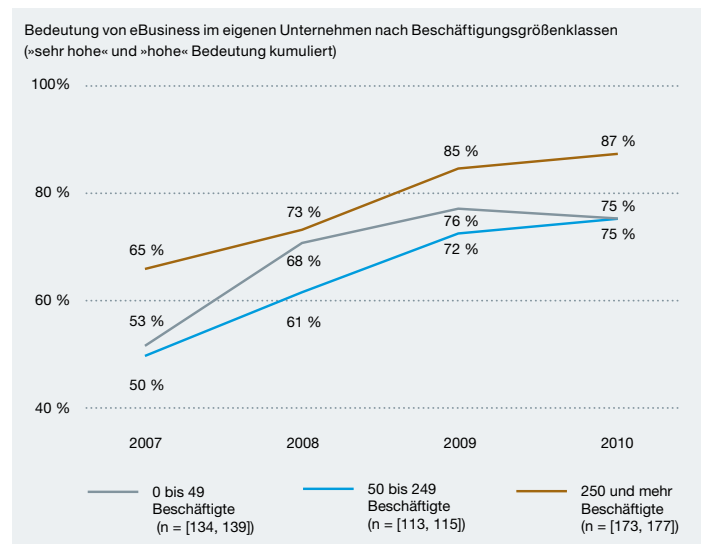
Der BDI hat das »eBusiness Barometer 2007/2008« gemeinsam mit den Projektpartnern Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), BITKOM, Fraunhofer IAO sowie der Wegweiser GmbH veröffentlicht. Der Studie liegt eine Befragung von 7.500 Unternehmen zu Anwendungs- und Investitionstrends im eBusiness zugrunde. Wesentliche Ergebnisse der Studie, die der BDI bereits zum vierten Mal durchgeführt hat, sind

- eBusiness hat 2007 für deutlich mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen eine hohe oder sehr hohe Bedeutung und ist inzwischen bei 45 % der Unternehmen integraler Bestandteil der Unternehmensstrategie, mit steigender Tendenz. Insbesondere bei den mittleren Unternehmen wurde im Vergleich zu 2006 die strategische Wichtigkeit von eBusiness stärker erkannt. Rund 80 % aller Unternehmen erwarten, dass eBusiness im Jahr 2010 im eigenen Unternehmen eine hohe oder sehr hohe Bedeutung haben wird.
- Der eBusiness-Einsatz ist auch innerhalb der Unternehmen sehr unterschiedlich: Drei Viertel der befragten Unternehmen nutzen eBusiness aktiv bei Einkauf und Beschaffung, aber bei fast der Hälfte der Unternehmen trägt eBusiness absatzseitig noch gar nicht zum Umsatz bei.
- Über ein Drittel der Unternehmen will Investitionen in den elektronischen Geschäftsverkehr im laufenden Jahr spürbar erhöhen. Besonders hoch ist die Bereitschaft, in neue Notebooks, CRM, Portale, IT- Sicherheitslösungen und IT- Weiterbildung zu investieren.
- Auf großes Interesse in den Unternehmen treffen aktuelle eBusiness- Technologien und Konzepte, wie beispielsweise RFID, serviceorientierte Architekturen, Enterprise Content Management, Open Source-Software und mobile Anwendungen.
- Im direkten Vergleich zu den mittleren und großen Unternehmen fällt auf, dass die Kleinunternehmen speziell bei integrierten ganzheitlichen Technologien und Anwendungen und bei der IT- Sicherheit noch Nachhol- und Informationsbedarf haben. Spezielle Lösungen für die Sicherheit wie Verschlüsselung und elektronische Signatur wenden sie bisher nur selten an. Allerdings werden Sicherheitsaspekte von den Kleinunternehmen als die Trendthemen genannt,

bei denen sie sich weitere Unterstützung durch Politik und Wirtschaft wünschen.

Mit dem generellen Bedeutungsanstieg von eBusiness-Aktivitäten ist auch eine weiter steigende Nachfrage nach eBusiness- Experten verbunden. Dieses Jahr will jedes dritte Unternehmen zusätzliche IT Mitarbeiter einstellen. BDI und BITKOM forderten aus diesem Anlass erneut eine flexiblere arbeitsmarktorientierte Zuwanderungspolitik zur Linderung des sich verschärfenden Fachkräftemangels.

Weiterhin steigende Bedeutung von eBusiness



Quelle: eBusiness-Barometer 2007/2008, Abb. 2.2



Das »eBusiness-Jahrbuch 2007/2008« mit der vollständigen Studie kann unter der folgenden Adresse kostenlos heruntergeladen werden: www.wegweiser.de/ebusiness-jahrbuch07/download.

Ansprechpartner im BDI: Dr. Carsten Rolle
c.rolle@bdi.eu

Europäische Mittelstandspolitik

EU-Kommission zieht positive Halbzeitbilanz ihrer Mittelstandspolitik

Die Europäische Kommission hat am 4. Oktober eine Halbzeitbilanz ihrer neuen Mittelstandspolitik vorgelegt. Das Fazit fällt positiv aus: Die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen spielen nach Auffassung der Kommission inzwischen eine entscheidende Rolle bei der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene. Die Kommission will daher an ihrer grundsätzlichen Linie festhalten.

Mit der Mitteilung über eine zeitgemäße KMU-Politik von November 2005 hatte die EU-Kommission die europäische Mittelstandspolitik auf eine neue Grundlage gestellt. Der neue Ansatz basierte einerseits auf der Anwendung des »Think Small First«-Prinzips, also auf der frühzeitigen Berücksichtigung mittelständischer Interessen bei allen europäischen Rechtsetzungsinitiativen. Darüber hinaus zielte die Kommission auf die Integration der Mittelstandspolitik in die Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung. Als Kernbereiche der KMU-Politik nannte die Kommission den Bürokratieabbau, den verbesserten Marktzugang für KMU, die Förderung unternehmerischer Initiative, die Verbesserung des Wachstumspotentials sowie den Ausbau des Dialogs mit den Interessengruppen.

Fortschritte sieht die Kommission insbesondere bei der Gründung von Unternehmen. Unternehmensgründungen seien schneller und billiger geworden. Darüber hinaus seien wichtige Förderprogramme der EU für den Zeitraum 2007 bis 2013 stärker auf den Mittelstand ausgerichtet. Auch beim Abbau des Verwaltungsaufwands gehe es voran: Durch die von der Kommission vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen in Bereichen wie Gesellschaftsrecht und Arbeitsbeziehungen könnten bis zu 1,3 Mrd. € Verwaltungskosten eingespart werden. Die Kommission will daher auf der bestehenden Grundlage die bereits existierenden Maßnahmen fortsetzen und politische Konzepte weiterführen.

Der BDI teilt grundsätzlich die positive Einschätzung der Kommission. Insbesondere die Festlegung auf das »Think Small First«-Prinzip ist zu begrüßen. Darüber hinaus hat die Kommission aus Sicht des Mittelstands weitgehend die richtigen Themen identifiziert. Doch es bleibt noch viel zu tun, damit der »Think Small First«-Ansatz in der Realität ankommt: Übermäßige Bürokratie, hohe Steuern und Abgaben sowie der unflexible Arbeitsmarkt sind nach wie vor Wachstumshemmnisse für mittelständische Unternehmen.

Darüber hinaus muss die Kommission in der Klima- und Energiepolitik stärker berücksichtigen, dass die mittelständische Industrie auf eine kostengünstige Energieversorgung angewiesen ist. Diese Themen werden von der Kommission

bislang noch nicht entschieden genug angegangen. Sorge macht auch, dass die Kommission sich allzu sehr auf kleinere und kleinste Unternehmen konzentriert. Wachsende Mittelständler und größere Familienunternehmen dürfen nicht in die Wahrnehmungsfalle zwischen Großindustrie und Kleinstunternehmen geraten.

Gelegenheit zur Diskussion über die europäische Mittelstandspolitik bietet der SME Action Day von BUSINESSEUROPE.



Unter dem Motto »Thinking Big« werden am 21. November 2007 in Brüssel Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verbänden aus ganz Europa zusammenkommen. Information und Anmeldung unter www.buinessurope.eu.

Die Mitteilung der EU-Kommission kann unter http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0592de01.pdf herunter geladen werden.

Ansprechpartner im BDI: René Hagemann-Miksits
r.hagemann@bdi.eu

Tunesien

Wirtschaftlicher Austausch entwickelt sich positiv

Als erstes Land in Nordafrika gewährt Tunesien im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der EU ab dem 1. Januar 2008 Zollfreiheit auf Industriegüter und empfiehlt sich damit als attraktiver Handelspartner und Investitionsstandort für die deutsche Industrie. BDI-Präsident Jürgen R. Thumann führt eine Wirtschaftsdelegation vom 16.-19. Dezember 2007 zum deutsch-tunesischen Wirtschaftstreffen »NEFTA IV« nach Tunesien.

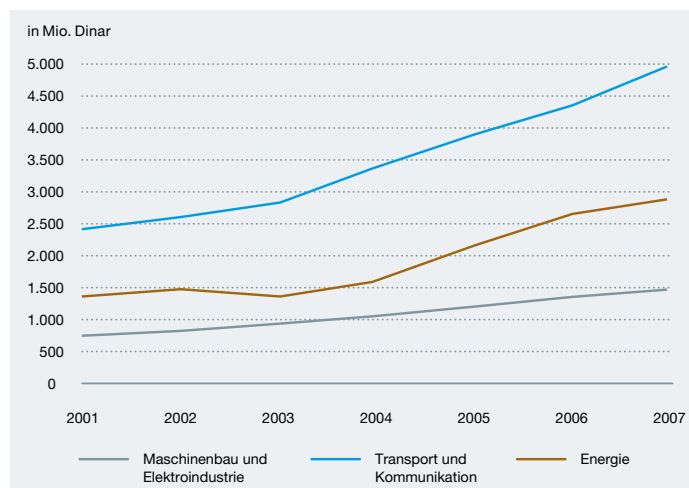
Die deutsch-tunesischen Beziehungen feiern in diesem Jahr ihr 50. Jubiläum und auch der wirtschaftliche Austausch entwickelt sich positiv. Mit einem bilateralen Handelsvolumen von ca. 2,1 Mrd. € im Jahr 2006 präsentiert sich Tunesien als wichtiger Handelspartner in der Region. Der jüngste Anstieg deutscher Exporte um ca. 27 % für die ersten sieben Monate dieses Jahres zeigt, dass das Potential für deutsche Unternehmen noch längst nicht ausgeschöpft ist. Durch die im Rahmen des europäisch-tunesischen Assoziierungsabkommens ab dem 1. Januar 2008 gewährte Zollfreiheit für sämtliche Industriegüter gewinnt Tunesien für die deutsche Wirtschaft und damit auch für den Mittelstand weiter an Attraktivität.

Das tunesische Wirtschaftswachstum betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 5 %. Die tunesische Regierung strebt in den nächsten Jahren ein stabiles Wachstum von ca. 6 % an und verstärkt ihr Engagement besonders im Ausbau der Infrastruktur. Der Neubau eines internationalen Großflughafens und eines neuen Tiefwasserhafens in Enfidha sind Beispiele für international ausgeschriebene Großprojekte, die zur Modernisierung und wirtschaftlichen Öffnung beitragen und neue Perspektiven für ausländische Geschäftspartner eröffnen.

Darüber hinaus bietet sich Tunesien als strategischer Ausgangspunkt für die Marktbearbeitung im nordafrikanischen Raum an, da es sich verstärkt um den Abbau von Handelsbarrieren zu seinen Nachbarn bemüht. Beim Ease of Doing Business Index der International Finance Corporation (IFC) weist Tunesien das beste Geschäftsklima der nordafrikanischen Staaten auf. Aufgrund günstiger Lohnkosten, hoher politischer und sozialer Stabilität, zahlreicher Steuervorteile und des Zugangs zu qualifiziertem Personal gilt Tunesien als attraktiver Produktionsstandort. Sektoren, in denen sich für deutsche Unternehmen verstärkt Geschäftsmöglichkeiten eröffnen, sind Telekommunikation, Umwelttechnologien, Erneuerbare Energien sowie die Elektro- und Automobilzuliefererindustrie.

Nach wie vor besteht hoher Nachholbedarf beim Ausbau und der Modernisierung von Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Auch im Bereich energiesparender und umweltschonender Technologien finden deutsche Produkte und Dienstleistungen große Absatzmöglichkeiten.

Entwicklung ausgewählter Sektoren in Tunesien



Quelle: Institut National de la Statistique - Tunesien



Mit dem deutsch-tunesischen Wirtschaftstreffen NEFTA IV vom 16.-19. Dezember 2007 bietet sich deutschen Unternehmen die Möglichkeit, Tunesien als Wirtschaftspartner besser kennenzulernen. Die Konferenz, an welcher BDI-Präsident Thumann teilnehmen wird, soll deutschen Unternehmen mittels verschiedener Plenarkonferenzen und branchenspezifischer Workshops zu Kfz-, Elektro- und Elektronikindustrie, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Großprojekten in den Bereichen Infrastruktur, Erneuerbare Energien und Umwelt die spezifischen Potentiale und Bedingungen am tunesischen Markt näher bringen. Eine Kontaktbörse zum Aufbau deutsch-tunesischer Geschäftskontakte sowie ein exklusives Rahmenprogramm runden das Wirtschaftstreffen ab. Anmeldungen für das Wirtschaftstreffen sind noch bis 30. November 2007 möglich. Nähere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter www.bdi.eu/nmi.

Ansprechpartner im BDI: Steffen Behm
s.behm@bdi.eu, Tel: 030 / 2028 1521.

Afrika

Wirtschaftszusammenarbeit weiter stärken!

Demokratie und Rechtstaatlichkeit sind heute in vielen Staaten Afrikas im Vormarsch. Mechanismen zur Korruptionsbekämpfung werden immer häufiger angewendet. Internationale Akteure wie die EU und die G8 unterstützen diesen Prozess. So machte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Förderung von Investitionen in Afrika und dessen verstärkte weltwirtschaftliche Integration zu einem Thema der deutschen G8-Präsidentschaft. Vor diesem Hintergrund fand vom 3. bis 8. Oktober 2007 eine Reise der Kanzlerin in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation in die Länder Äthiopien, Südafrika und Liberia statt.

Erklärtes Ziel der Delegationsreise war es nicht nur, die bilateralen Beziehungen zu pflegen, sondern den Afrika-Schwerpunkt der G8 weiter mit Leben zu erfüllen. Die Besuche der Bundeskanzlerin bei der Zentrale der Afrikanischen Union in Äthiopien sowie des Reformlandes Liberia sollten vor allem zu deren Stärkung beitragen. In Südafrika – einem der fünf Teilnehmer am Dialog der G8-Staaten mit den wichtigsten Schwellenländern – standen auch Themen der globalen und regionalen Verantwortung und Zusammenarbeit auf der Agenda.

Das dritte Ziel der Reise, die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen bildete den Fokus in Südafrika – mit Stopps in Johannesburg, Pretoria und Kapstadt. Südafrika ist der bei weitem wichtigste Wirtschaftspartner Deutschlands auf dem Kontinent. Teil der 10-köpfigen Wirtschaftsdelegation, welche die Kanzlerin auf der gesamten Reise begleitete, waren neben dem Vorsitzenden der Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Prof. Jürgen Schrempf, auch das BDI-Präsidiumsmitglied und der Vorstandsvorsitzende der Nehlsen AG, Peter Hoffmeyer, sowie der Vorsitzende des BDI-Arbeitskreises Entwicklungspolitik und der Vorstandsvorsitzende der Berlinwasser International AG, Dieter Ernst. Für das Programm in Pretoria und Johannesburg stießen weitere Unternehmerpersönlichkeiten zu der Delegation.

In den Gesprächen der Unternehmer mit südafrikanischen Wirtschaftsexperten und politischen Beratern wurde deutlich, dass der in den 90er-Jahren begonnen Reformprozess des Landes zum bisher längsten Aufschwung in der Geschichte des Landes geführt hat. Die Zinsen sinken, die Inflation ist unter Kontrolle und die Regierung erwirtschaftet erstmals Budgetüberschüsse. Der Konsumbedarf ist ungebremst. Auf der anderen Seite steigt das Wirtschaftswachstum nicht über 5 % pro Jahr. Schuld daran sind u. a. der Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften, verstärkt auch auf Ebene der Administration und der regionalen Regierung, sowie Lücken in der Infrastruktur. Damit wächst das südafrikanische Bruttosozialprodukt nicht rasch genug, um die hohe Arbeitslosigkeit von inoffiziell ca. 40 % signifikant zu senken. Breit angelegte Regierungspro-

gramme sollen nun bewirken, dass das Wachstum auf über 6 % beschleunigt wird und die während der Apartheidära benachteiligte Bevölkerung am wirtschaftlichen Geschehen und dem Wohlstand stärker beteiligt wird. Abgesehen von der Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungslage, der Gesundheitsversorgung der breiten Bevölkerung und der Bekämpfung der sehr hohen Kriminalität im Land, besteht nach Meinung der Experten die große Herausforderung Südafrikas darin, die Industrialisierung so zu gestalten, dass sie möglichst viele Arbeitsplätze schafft und gleichzeitig hochwertigere Exportgüter erzeugt, die das Handelsbilanzdefizit senken können.

Das Großereignis »Fußballweltmeisterschaft 2010« wird Südafrika und die Region in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit rücken. Noch besteht erheblicher Investitionsbedarf, z.B. im Bereich des öffentlichen Transportwesens und der Energieversorgung. Der Stadionbau, von dem sich die Delegation später in Johannesburg selber ein Bild machen konnte, stellt, im Vergleich zu den gesamten Infrastrukturinvestitionen des Landes von ca. 60 Mrd. US-Dollar bis 2010 nur einen kleinen Teil der Maßnahmen dar.

Die Unternehmer wiesen darauf hin, dass die öffentlichen Stellen Investitionsentscheidungen schneller treffen sollten als bisher und gleichzeitig verstärkt auf Umwelteffekte der Projekte achten sollten. Auch wenn die Bedeutung von Erneuerbaren Energien von allen herausgestellt wurde, empfahlen die Wirtschaftsvertreter, Reinvestitionen in konventionelle Energien nicht zu vernachlässigen. Diese würden in absehbarer Zeit weiterhin mit großem Abstand die wichtigsten Energielieferanten darstellen. Zugleich bot die deutsche Wirtschaft ihre Expertise und Produkte an, um das noch kaum genutzte Potential in Südafrika zu nutzen, Energie durch effizientere Technik zu sparen.

Ansprechpartner im BDI: Eckart von Unger
e.unger@bdi.eu

China

CEO Round Table mit Bundeskanzlerin Merkel in Peking

In Begleitung einer 23-köpfigen Unternehmerdelegation, darunter knapp die Hälfte aus dem Mittelstand, besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende August dieses Jahres die Volksrepublik China. Während der Reise trafen am 27. August rund 40 chinesische und deutsche Unternehmer zu einem CEO Round Table mit der Kanzlerin in der Großen Halle des Volkes zusammen. Dabei wurden folgende Vereinbarungen zur zukünftigen Zusammenarbeit getroffen.

1. Klimaschutz und Energieeffizienz

Politik wie Wirtschaft stehen vor der Herausforderung, Wirtschaftswachstum mit immer weniger Ressourceneinsatz und Energieverbrauch zu erzielen. Die dadurch erforderliche Reduktion des Energieverbrauches durch Energiesparen und höhere Energieeffizienz erfordert die Entwicklung und breite Verwendung neuer klimafreundlicher und energieeffizienter Technologien. Die anwesenden Unternehmer beschlossen, die führende Stellung deutscher Unternehmen in der energieschonenden Produktion und energieeffizienten Technologien noch stärker für eine Erhöhung der Energieeffizienz in China zu nutzen. Dazu sollen Unternehmenskooperationen ausgebaut, Informationen zu energieeffizienten Produkten und Produktionsprozessen ausgetauscht und Wissenskooperationen für das Thema Energieeffizienz genutzt werden. Die Unternehmer forderten die Politik auf, stärkere Anreize und bessere Rahmenbedingungen für energieeffizientes Wirtschaften zu schaffen.

2. Rohstoffsicherung und offene Weltrohstoffmärkte

BDI und der chinesische Industrieverband China Federation of Industrial Economics verständigten sich im CEO Round Table darauf, bei ihren jeweiligen Regierungen offene, transparente und funktionierende internationale Märkte für energetische und nicht-energetische Rohstoffe anzumahnen. Diese sind eine unverzichtbare Voraussetzung einer nachhaltigen Sicherung der Rohstoffversorgung. Bestehende Handels- und Wettbewerbsverzerrungen sowie tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse im Rohstoffbereich müssten vorrangig abgebaut werden. Die Unternehmer forderten die Politik auf, bestehende Verzerrungen auf eigenen Rohstoffmärkten abzubauen sowie freie und transparente Rohstoffmärkte sicherzustellen und so international als positives Beispiel voranzugehen. Unter massiven Problemen durch verzerrte Rohstoffmärkte hatten in den vergangenen Jahren beispielsweise mittelständische Gießereien in Deutschland zu leiden.

3. Innovation und Hochtechnologiekooperation

Drittes Thema waren unternehmensnahe Strategien zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation. Das Potential der deutsch-chinesischen Kooperation in diesem

Bereich soll zukünftig noch stärker genutzt werden. An die Regierungen beider Länder wurde der Wunsch formuliert, die Rahmenbedingungen zum Schutz geistigen Eigentums weiter zu verbessern und die Kooperation im Patentwesen auszubauen. Von besonderer Bedeutung sei die Harmonisierung von Normen und von Standards der Produktzulassung und -zertifizierung. Nicht zuletzt für den Mittelstand stellt die Doppelbelastung durch duplizierte Prüfungsstrukturen und die damit verbundenen Kosten ein Problem dar.



BDI und APA werden in den kommenden Monaten in enger Zusammenarbeit mit der China Federation of Industrial Economics, den Regierungen beider Länder sowie der EU-Kommission an der Konkretisierung und Umsetzung der gemeinsamen Ziele arbeiten.

Ansprechpartnerin im BDI: Svenja Schlichting,
s.schlichting@bdi.eu

Weiterbildung

Eine Million Seminarteilnehmer – Positive Umsatzerwartungen

Im Jahre 2006 haben über eine Million Fach- und Führungskräfte der Wirtschaft an einem der über 95.000 Seminare, Lehrgänge und Fachtagungen der Institute des Wuppertaler Kreises teilgenommen. Die Institute haben damit einen Jahresumsatz von über einer Milliarde Euro erzielt. Der Wuppertaler Kreis e.V. – Bundesverband betriebliche Weiterbildung ist mit seinen 51 Mitgliedsinstituten der Verband der führenden Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft.

Die Mitglieder des Wuppertaler Kreises sehen die Entwicklung des Jahres 2007 zuversichtlich. Mit dem Anziehen der Konjunktur und dem teilweise bereits spürbaren Fachkräftemangel investieren die Unternehmen wieder stärker in die Qualifikation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Weiterbildungsnachfrage wird deshalb in diesem Jahr deutlich ansteigen. Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen werden Weiterbildungsinvestitionen notwendig, die in den vergangenen Jahren teilweise aufgeschoben wurden. Daneben investieren immer mehr Fach- und Führungskräfte neben dem Beruf persönlich in ihre Qualifikation und nehmen als Selbstzahler an Weiterbildungsmaßnahmen und Seminaren teil.

Wuppertaler Kreis im Überblick

Gesamtumsatz der Mitglieder des Wuppertaler Kreises	1,04 Mrd. EUR
Anzahl der bei den Instituten fest angestellten Mitarbeiter	9.125 fest angestellte Mitarbeiter/-innen
Anzahl der freien Mitarbeiter / Trainer- und Dozentenstamm	33.300 Trainer/-innen und Dozenten
Anzahl der Veranstaltungen	95.402 Seminare, Tagungen und Lehrgänge
Anzahl der Weiterbildungsteilnehmer	1,06 Mio. Teilnehmer/-innen
Anzahl der Weiterbildungsstandorte	786 Standorte

Quelle: Wuppertaler Kreis



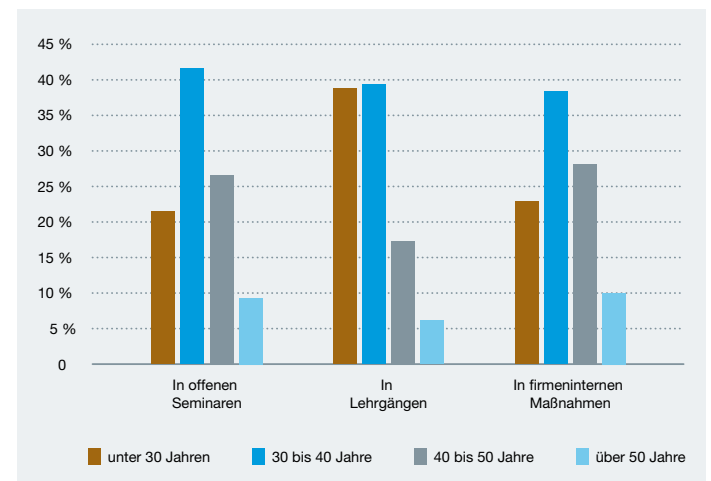
Die Institute erwarten für die Zukunft eine steigende Konkurrenz von Universitäten und Hochschulen, die Weiterbildungsdienstleistungen für Unternehmen offerieren. Auch internationale Anbieter werden sich verstärkt auf dem deutschen Weiterbildungsmarkt engagieren. Die Weiterbildungsbranche rechnet im Zuge der anziehenden Nachfrage mit steigenden Kosten für Tagungsräume und technische Ausstattung, sowie mit steigenden Honorarforderungen der freiberuflichen Trainer.

Die Institute des Wuppertaler Kreises setzen in der Qualitätssicherung weiterhin auf den Industriestandard der DIN EN ISO 9001:2000 als das geeignete Mittel für ein modernes Qualitätsmanagement in der Weiterbildungsbranche.

Ein wichtiger Faktor für die zukünftige Ausrichtung der Weiterbildungsinstitute ist die demografische Entwicklung. Weiterbildung ist der Schlüssel, wenn es darum geht, bei einem steigenden Altersdurchschnitt der Mitarbeiter Wettbewerbs-

fähigkeit und Innovationskraft der Unternehmen zu erhalten. Die Institute bieten dafür bereits heute gezielte Weiterbildungsdienstleistungen an und stellen ihre Programme auf die erwartete Entwicklung ein.

Altersstruktur der Teilnehmer in Seminaren und Lehrgängen



Quelle: Wuppertaler Kreis



Die Ergebnisse der Verbands-Umfrage »Trends in der Weiterbildung« sind auf den Internet-Seiten des Wuppertaler Kreises unter www.wkr-ev.de abrufbar.

Innovationen

Neueste Spitzentechnologie direkt in den Posteingang

Der BDI und der Verband der deutschen Technologie- und Patentverwertungsagenturen, die TechnologieAllianz e.V., bieten einen kostenlosen Informationsservice für neueste Innovationen und Spitzentechnologien aus der Wissenschaft an. Über einen E-Mail-Service werden auf Wunsch an Unternehmen bedarfsorientierte und personalisiert schutzrechtlich gesicherte Forschungsergebnisse aus nahezu allen deutschen Hochschulen und diversen außeruniversitären Forschungseinrichtungen zugesandt.

Thema der letzten Ausgabe der BDI-Mittelstandsinformationen war u.a. der neue BDI-Helpdesk Technologietransfer. Dieses Internetangebot richtet sich sowohl an mittelständische Unternehmen als auch an Wissenschaftler und soll den wechselseitigen Austausch verbessern. Ein wesentliches Element des BDI-Helpdesk ist der InventionStore, ein gemeinsames Angebot der TechnologieAllianz und des BDI.



Das Angebot sieht wie folgt aus: Über den BDI-Helpdesk Technologietransfer (Menüpunkt »Hilfestellungen«) oder direkt über www.inventionstore.de ist der kostenlose Service erreichbar. Hier kann der Nutzer je nach Branche sein individuelles Interessenprofil definieren und anschließend automatisch per E-Mail die für ihn relevanten Technologien und Verfahren beziehen. In Kurzform werden die jeweilige Technologie, das jeweilige Verwertungs- und Marktpotenzial sowie der Status des Patentschutzes leicht verständlich dargestellt (Bild). Bei weitergehendem Interesse stehen den Unternehmen dann über 100 Innovationsmanager aus dem Netzwerk der TechnologieAllianz zur Seite.

»Der InventionStore ist ein hervorragendes Instrument zur Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft. Gerade für Mittelständler ist dieser E-Mail-Service eine gute Möglichkeit, ständig über neueste Erfindungen der Wissenschaft informiert zu sein«, sagte BDI-Präsident Jürgen R. Thumann beim Start des Services. Durch die verstärkte Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft wird die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland gestärkt. Mit dem E-Mail-Service hat der BDI ein Medium entwickelt, das der Förderung der Wirtschaft nachkommt, schnell und unbürokratisch und zudem aus einer Hand Zugang zu den neuesten Entwicklungen und Technologien zu erhalten. Der InventionStore eröffnet der Wirtschaft einen unkomplizierten und hochaktuellen Zugriff auf das Innovationsportfolio der Technologie-

und Patentverwertungsagenturen. Dieses Portfolio umfasst mittlerweile mehr als 2.000 wirtschaftlich relevante und bereits schutzrechtlich gesicherte Spitzentechnologien aus sämtlichen Technologiefeldern.

12869 – 05 Wasseraufbereitungsanlagen mit Reinigung für Filtermaterial

Kurzbeschreibung
In Wasseraufbereitungsanlagen führen die Verschmutzungen des Ressourcenwassers und Verunreinigungen, die in die Filter gelangen, an der Oberfläche der Filtermaterialien zu Ablagerungen, die eine Verringerung der Filterleistung zur Folge haben. In der neuen Wasseraufbereitungsanlage kann das Filtermaterial durch die periodische mechanische Reinigung der Filtermaterialien ohne den gewöhnlichen Austausch weiterverwendet werden. Diese effektive Reinigung wird automatisch einmal am Tag nur für kurze Zeit wiederholt. Die erforderliche Wassermenge für die Rückspülung und die entsprechende Menge Abwasser können deutlich reduziert und dadurch die Betriebskosten der Anlage erheblich gesenkt werden. Diese Technologie ist besonders für die Filtration des aufbereiteten Abwassers geeignet. Das aufbereitete Wasser kann als Brauchwasser wiederverwendet werden.

Vorteile

- Gleichbleibende Wasser
- Senkung der Betriebskosten
- Einfache Wartung
- Kein Austausch des Filtermaterials
- Kein Zusammenkleben

Stand der Entwicklung
Anbieterreife Anlagen

Patentstatus
Schutzrechte weltweit in geltend





Über den BDI-Helpdesk Technologietransfer soll mittelständischen Unternehmen demnächst auch der Zugang zu ausländischen Patenten und Forschungsdienstleistungen eröffnet werden.

Weitere Informationen unter
<http://technologietransfer.bdi.info>

Ansprechpartner im BDI: Christoph Sprich
c.sprich@bdi.eu